

BZS Info = OFPC Info = UFPC Info

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile**

Band (Jahr): **37 (1990)**

Heft 3

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Revision der Militärorganisation

Auch der Zivilschutz wird betroffen

Kürzlich hat der Bundesrat dem Parlament Entwürfe für eine Teilrevision der Militärorganisation (MO) und für eine Totalrevision des Bundesbeschlusses über die Offiziersausbildung unterbreitet. Da die Offiziersausbildung ihre Grundlage in der MO findet und die beiden Sachgebiete eng zusammenhängen, wurden die beiden Revisionen zusammengelegt. Aufgrund der Tatsache, dass der Zivilschutz davon unmittelbar betroffen ist, hat das BZS am letzten Eidgenössischen Rapport die Chefs der kantonalen Zivilschutzämter orientiert.

amk. Die wohl wesentlichste Neuerung bringt die Abschaffung des HD-Status und, damit verbunden, die Einführung der differenzierten Einteilung. Da die verschiedenen Funktionen in der Armee unterschiedliche Anforderungen in physischer und psychischer Hinsicht stellen, sollen die Armeeangehörigen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit differenziert eingeteilt werden. Bestimmte Funktionen würden dann mit Stellungspflichtigen besetzt, die körperlich weniger leistungsfähig sind und mit Dienstpflichtigen, die im Laufe ihrer Dienstzeit aus medizinischen Gründen in eine andere Funktion versetzt werden müssen. Mit der Abschaffung des oft als diskriminierend empfundenen HD-Status würden die bestehenden Hilfsdienst-Einheiten zu ordentlichen Einheiten umgewandelt. Dies soll mit einer Revision der Truppenordnung geschehen.

Im weiteren wird eine Neuordnung der gemeindeweisen Inspektion angeregt. Für den inspektionspflichtigen Armeeangehörigen wird die Neuregelung erhebliche Erleichterungen mit sich bringen, indem insgesamt nur noch drei Inspektionen zu bestehen sein sollen. Dadurch, dass den Kantonen eine Regionalisierung der Inspektionen ermöglicht wird, kann zudem eine Rationalisierung erreicht werden. Weitere Revisionspunkte sind die Verankerung des Klagerechts des Armeeangehörigen in der MO sowie weitere Verbesserungen in der Ausgestaltung des bereits heute bestehenden Rechtsschutzes.

Auf den im Zusammenhang mit den Fällen Jeanmaire und Bachmann fusenden Empfehlungen beruht der Vorschlag zur Einführung einer Gesetzesgrundlage für die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen für bestimmte Armeeangehörige, Bundesbedienstete sowie mit gewissen Aufträgen betraute Drittpersonen.

Ferner sollen mit einer Totalrevision des entsprechenden Bundesbeschlusses die Bestimmungen über die Offiziersausbildung angepasst werden.

HD und Zivilschutz

Der Zivilschutz ist in erster Linie durch die Abschaffung des HD-Status betroffen. Die 29jährigen und älteren Hilfsdienstpflichtigen (Jahrgänge 1941 bis 1962), die der kantonalen Personalreserve angehören, werden dem Zivilschutz überwiesen, ungeachtet ob sie bereits Dienst geleistet haben oder nicht. Die 28jährigen und jüngeren Hilfsdienstpflichtigen (Jahrgänge 1963 bis 1970) der kantonalen Personalreserve werden nachgemustert und entweder diensttauglich erklärt oder dem Zivilschutz zugewiesen. Damit werden rund 25 000 Hilfsdienstpflichtige von der kantonalen Personalreserve zum Zivilschutz übertreten, was sowohl kontrollmässig wie ausbildungsmässig zu bewältigen sein wird.

Dann ist vorgesehen, gestützt auf Artikel 52 MO, vor allem Offiziere dem Zivilschutz zur Verfügung zu stellen, die

z D gemäss Artikel 51 MO stehen. Somit werden der Armee lediglich noch Offiziere z D verbleiben, die nur vorübergehend z D gestellt werden, d.h. solche, die für die spätere Verwendung in einer neuen Funktion vorgesehen sind.

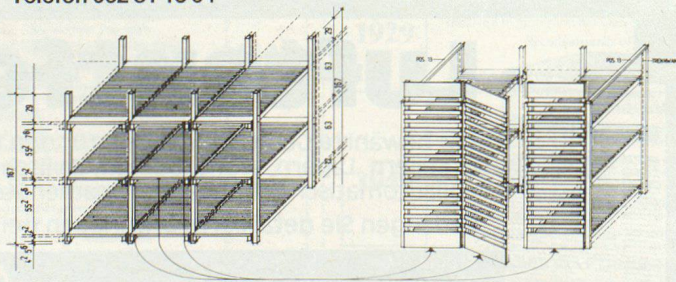
Freiwillige

Neu verankert wird überdies die freiwillige Dienstleistung in der Armee. Die vorgeschlagene Fassung betrifft Personen, die bereits in Friedenszeiten besondere Aufgaben freiwillig übernehmen wollen. Sollte es sich dabei um Schutzdienstpflichtige handeln, so hat die Schutzdienstpflicht des Zivilschutzes Vorrang oder, anders ausgedrückt, diese Leute könnten nur mit Zustimmung der Zivilschutzbehörden in Anspruch genommen werden. Gedacht wird im übrigen in erster Linie an Schweizer, die nicht dienstpflichtig, diensttauglich, noch nicht wehrpflichtig oder aus der Wehrpflicht entlassen sind (z.B. über 30jährige Eingebürgerte, Rückwanderer, Kadetten), sowie um freiwillig sich meldende Schweizerinnen. Um den kriegsvölkerrechtlichen Bestimmungen der Genfer Abkommen aus dem Jahre 1949 nachzukommen, sollen sie besonders gekennzeichnet werden (eidg. Armbinde oder Uniform). Sie üben Rechte und Pflichten gemäss den Erlassen aus dem Militärbereich aus, mit Ausnahme derjenigen, die ausschliesslich die Wehrpflicht (ausserdienstliche Schiess- und Inspektionspflicht usw.) betreffen. Sie werden entweder in Formationen der Armee eingeteilt oder zugewiesen.

Klarer geregelt wird schliesslich die Auskunftspflicht militärischer Stellen anderen – zivilen – Stellen gegenüber, zu denen der Zivilschutz gehört. Voraussetzung hiezu ist das Vorhandensein gesetzlicher Grundlagen für den betreffenden Sachbereich. In der gegenwärtig laufenden Revision der Zivilschutzgesetze hat das BZS diesem Erfordernis bereits Rechnung getragen. ▣

PLANZER HOLZ AG 6262 LANGNAU LU

Telefon 062 81 13 94



SYSTEM PLANZER
unschlagbar in

- Stabilität
- Einfachheit
- Verwendbarkeit

Alles verschraubt
Doppelliegen lieferbar
Platzsparende Lagerung

Preis ab **Fr. 52.-**
pro Schutzplatz

ACHTUNG: Zivilschutzorganisationen können die Liegen in kommunalen Übungen preisgünstig selber anfertigen. – Rufen Sie uns an.

Révision de l'organisation militaire

La protection civile est aussi concernée

Le Conseil fédéral a récemment soumis au Parlement les projets de révision partielle de l'organisation militaire (OM) et de révision totale de l'arrêté fédéral concernant la formation des officiers. Comme ces domaines sont étroitement liés entre eux et que la formation des officiers est fondée sur l'OM, les deux révisions ont été réunies.

Lors du dernier rapport fédéral, les responsables de l'OFPC ont présenté ce sujet aux chefs des offices cantonaux de la protection civile, car les révisions en question concernent directement la protection civile.

La nouveauté la plus importante présentée dans ce contexte est certainement la suppression du statut de complémentaire, qui correspond à l'introduction de l'incorporation différenciée. Comme les différentes fonctions qui existent au sein de l'armée s'accompagnent d'exigences physiques et psychiques variables, les militaires doivent être incorporés de manière différenciée, conformément à leurs aptitudes. Certaines fonctions seraient donc occupées par des conscrits dont les aptitudes physiques sont relativement faibles et par des hommes astreints à servir qui, au cours de leur période de service, ont dû recevoir une autre fonction pour des raisons médicales. L'abolition du statut de complémentaire, qui est souvent ressenti comme discriminant, entraînerait également la transformation des unités de complémentaires en unités ordinaires, dans le cadre d'une révision de l'organisation des troupes.

En outre, une nouvelle organisation des inspections effectuées dans les communes est proposée. Pour le militaire astreint à l'inspection, la nouvelle réglementation offrira des facilités considérables en n'imposant que trois inspections. Comme les cantons pourront organiser des inspections par région, une rationalisation sera dès lors possible.

Un autre point de la révision concerne l'inscription du droit de plainte dans l'OM ainsi que d'autres améliorations de la protection juridique actuellement en vigueur.

Conformément aux recommandations faites après les affaires Jeanmaire et Bachmann, une proposition vise l'introduction d'une base légale relative aux contrôles de sécurité concernant certains militaires, certains agents de la Confédération, ainsi que des tiers auxquels sont confiées certaines missions.

Par ailleurs, les dispositions concernant la formation des officiers seront

modifiées grâce à une révision de l'arrêté fédéral relatif à cette matière.

Service complémentaire et protection civile

La protection civile est concernée avant tout par la suppression du statut de complémentaire. Les complémentaires âgés de 29 ans et plus (années de naissance 1941 à 1962) qui font partie de la réserve de personnel des cantons seront transférés dans la protection civile, qu'ils aient ou non déjà fait du service. Les complémentaires âgés de 28 ans et moins (années de naissance 1963 à 1970) de la réserve de personnel des cantons passeront une nouvelle visite sanitaire et seront soit déclarés aptes au service, soit versés dans la protection civile. Ainsi, environ 25 000 complémentaires doivent être transférés de la réserve de personnel des cantons à la protection civile, ce qui occasionnera un surcroît de travail supportable au niveau des contrôles et de l'instruction.

Il est encore envisagé, selon l'article 52 OM, d'attribuer à la protection civile avant tout des officiers qui sont à la disposition du Conseil fédéral conformément à l'article 51 OM. Donc, l'armée ne gardera plus que les officiers à disposition selon l'article 51 OM qui ne le sont qu'à titre provisoire, en attendant de se voir confier une nouvelle fonction militaire pour laquelle ils sont déjà prévus.

Service volontaire

De plus, la notion de service militaire volontaire apparaît. Ce type de service concerne les personnes qui, en temps de paix déjà, s'engagent volontairement à remplir certaines tâches. Si toutefois ces personnes sont astreintes à servir

dans la protection civile, ce service obligatoire passe en premier lieu. En d'autres termes, les personnes en question ne peuvent être affectées à d'autres tâches que si les autorités compétentes en matière de protection civile ont donné leur accord. Cette notion de service volontaire vise avant tout les Suisses non astreints au service, inaptes au service, pas encore astreints aux obligations militaires ou libérés de ces obligations (personnes naturalisées après l'âge de trente ans, émigrants de retour au pays natal, cadets) ainsi que les Suisses qui se présentent volontairement. Afin de respecter les dispositions des Conventions de Genève de 1949 relatives au droit des gens en temps de guerre, les personnes engagées à titre volontaire doivent, à l'instar des autres militaires, porter un signe distinctif (brassard fédéral ou uniforme). Elles sont soumises, quant à leurs droits et obligations, à toutes les normes relevant de la législation militaire à l'exception de celles qui concernent exclusivement certaines obligations militaires particulières (tirs et inspections hors du service, etc.). Elles sont soit incorporées dans des formations de l'armée, soit attribuées à ces formations.

Enfin, l'obligation faite à l'administration militaire de renseigner d'autres administrations (civiles), notamment celle de la protection civile, est définie de manière plus claire qu'auparavant. Une telle obligation exige toutefois l'existence de bases légales dans les domaines concernés. L'OFPC a tenu compte de cette exigence à l'occasion de la révision de la législation sur la protection civile.



Für Entfeuchter zu ANSON:



GENERAL ELECTRIC

Entfeuchter für Schutz vor Feuchtigkeitsschäden in Kellern, Archiven, Lagern etc. Frei aufstellbar. 220 V, 600 W. Ab 1250.-



Baustellen-Luft-

Entfeuchter für gleichmässige, rasche, schonende Austrocknung von Mauern, Verputzen, Farben etc. 220 V, 600 W. Ab 1990.-



Grosse Luft-

Entfeuchter für Lager, Pumpwerke, Schaltzentralen, Zivilschutz. Gegen Korrosion, Fäulnis, Schimmelbildung. 380 V. Preisgünstig.

**Fragen Sie uns an! ANSON AG 01/461 11 11
Friesenbergstrasse 108 8055 Zürich**

Appareils radio SE-125 et matériel de construction de lignes

Comme l'OFPC vient de l'annoncer aux offices cantonaux de la protection civile, il n'est désormais plus nécessaire que les demandes de concession concernant l'utilisation d'appareils radio ou de matériel de construction de ligne soient approuvées par l'OFPC. En effet, la Direction générale des PTT a délégué, à partir du 1^{er} janvier 1989, le traitement des demandes de concession au différentes directions des télécommunications. Ainsi, les requérants peuvent adresser leur demande à la direction des télécommunications compétentes en l'espèce.

Les prescriptions de l'Office fédéral de la protection civile du 1^{er} mars 1983 concernant l'utilisation de constructions des organismes et du service sanitaire, d'abris publics ainsi que de matériel de protection civil à des fins étrangères à la protection civile s'appliquent aussi à l'utilisation du matériel de transmission. Pour différentes raisons, l'emploi des appareils radio SE-125 et du matériel de construction de lignes a d'abord été soumis à des conditions très restrictives.

Or, comme les responsables de l'OFPC désirent que les communes puissent recourir plus facilement au matériel de transmission évoqué ci-dessus, ils ont pris contact avec la Direction générale des PTT et décidé ce qui suit:

- Il n'est plus nécessaire que les personnes qui utilisent les SE-125 soient astreintes à servir dans la protection civile.
- Il n'est désormais pas non plus indispensable que le responsable de l'engagement des moyens de transmission soit astreint à servir dans la protection civile.

On peut commander la quantité désirée de la nouvelle formule qui combine l'aide-mémoire et la demande de concession, en envoyant à l'OCFIM le bulletin de commande habituel dûment rempli. ▀

L'utilisation du matériel de construction de lignes et des appareils radio n'est plus soumise à une concession de l'OFPC.

SE-125 und Leitungsbau-material

Wie das BZS den Kantonen in einem Schreiben mitteilt, wird künftig auf die Bewilligung von Konzessionsgesuchen für Funkgeräte und Leitungsbauaterial durch das BZS verzichtet. Da die Generaldirektion PTT die Behandlung aller Konzessionsgesuche seit dem 1. Januar 1989 an die Fernmeldedirektionen delegiert hat, können die Antragsteller die Gesuche direkt bei der örtlich zuständigen Fernmeldedirektion einreichen.

In den Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 1. März 1983 über die Verwendung von Anlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes, von öffentlichen Schutzräumen sowie von Zivilschutzmaterial für zivilschutzfremde Zwecke ist auch die Verwendung des Übermittlungsmaterials geregelt. Aus verschiedenen Gründen war damals die Regelung für die Verwendung von Funkgeräten SE-125 und Leitungsbauaterial sehr restriktiv festgelegt worden.

Das BZS ist bestrebt, den Gemeinden in der sinnvollen Verwendung des oben erwähnten Übermittlungsmaterials vermehrte Möglichkeiten und Handlungsspielraum zu bieten und hat deshalb mit der Generaldirektion PTT Kontakt aufgenommen. Als Ergebnis wird festgehalten:

- Es wird nicht mehr verlangt, dass ausschliesslich Zivilschutzangehörige die Funkgeräte SE-125 bedienen.
- Der verantwortliche Einsatzleiter-Funk muss ebenfalls nicht Zivilschutzangehöriger sein.

Das neue kombinierte Formular Merkblatt/Konzessionsgesuch kann in der benötigten Anzahl mittels den normalen Bestellformularen bei der EDMZ angefordert werden. ▀



SE-125 e materiale per la costruzione di linee

L'UFPC ha inviato una lettera ai cantoni per informarli che in futuro esso rinuncerà alla possibilità di accordare delle concessioni. A partire dal 1^o gennaio 1989 la Direzione generale delle PTT ha delegato il trattamento di tutte le domande di concessione alle Direzioni delle telecomunicazioni; le domande possono quindi essere inoltrate direttamente alla Direzione delle telecomunicazioni competente.

Le istruzioni dell'Ufficio federale della protezione civile del 1^o marzo 1983 concernenti l'utilizzazione d'impianti dell'organismo e del servizio sanitario, di rifugi pubblici come pure del materiale di protezione civile per scopi estranei alla protezione civile regolano anche l'utilizzazione del materiale di trasmissione. Per motivi diversi l'utilizzazione delle ricetrasmittenti SE-125 e del materiale per la costruzione di linee era allora stato regolamentato in modo molto restrittivo.

E' intenzione dell'UFPC offrire ai comuni delle possibilità e una libertà d'azione maggiori per quanto riguarda l'utilizzazione sensata del materiale di trasmissione. Ci siamo quindi messi in contatto con la Direzione generale delle PTT e abbiamo ottenuto quanto segue:

- L'utilizzazione degli apparecchi radioricetrasmittenti SE-125 non è più riservata unicamente ai membri della protezione civile.
- Anche il capo d'intervento radio responsabile non deve più necessariamente essere un membro della protezione civile.

Si possono richiedere i formulari combinati Promemoria/Domanda di concessione inviando un normale modulo d'ordinazione debitamente compilato all'UCFSM. ▀

Non è più necessaria una concessione dell'UFPC per gli apparecchi ricetrasmittenti e il materiale per la costruzione di linee.

Für Leitungsbauaterial und Funkgeräte ist keine BZS-Konzession mehr nötig.

Die Arbeitsgruppen haben ihre Tätigkeit aufgenommen

Unterwegs zum Zivilschutzleitbild 95

kam/hz. Parallel zur Armee reform 95 arbeitet auch der Zivilschutz ein neues Leitbild aus. Nachdem bereits im Mai 1989 amtsintern und in Verbindung mit den Kantonen und den andern Partnern der Gesamtverteidigung verschiedene Abklärungen grundsätzlicher Art vorgenommen worden waren, nahmen zu Beginn dieses Jahres im BZS zwei Arbeitsgruppen ihre Tätigkeit auf. Ziel ist es, bis Mitte 1991 das sogenannte ZS-Leitbild 95 zu erarbeiten, das im Rahmen der verfassungsmässigen und gesetzlichen Gegebenheiten möglichst optimale und zeitgemässe Lösungen für einen effizienten und vom Volk mitgetragenen Zivilschutz bringen soll.

Wie in Nummer 10/89 von «Zivilschutz» bereits dargelegt, wird die Herabsetzung der Wehrpflicht auf das 42. Altersjahr unmittelbare Auswirkungen auch auf den Zivilschutz haben. Im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) besteht die Absicht, die zu treffenden Massnahmen und ihre rechtliche Umsetzung so mit der Neustrukturierung der Armee abzustimmen, dass ein nahtloses Ineinander-Übergehen sichergestellt wird. Ziel aller Massnahmen muss es sein, den in der Verfassung und in den Zivilschutzgesetzen umschriebenen Auftrag des Zivilschutzes, nämlich die Milderung der Folgen kriegerischer Ereignisse sowie die Hilfeleistung an die zuständigen Behörden bei Notlagen in Friedenszeiten sicherzustellen und im Rahmen des Möglichen zu verbessern.

Die Projektorganisation des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS)

Um den Fragenkomplex, der mit dem «ZS-Leitbild 95» verbunden ist, auszu-leuchten und breit abgestützte, zukunftsgerechte Lösungen zu erarbeiten, hat das BZS zwei Arbeitsgruppen bestellt. Koordinator der amtsinternen Abklärungen und Geschäftsführer der BZS-Projektorganisation ist Karl Widmer, bisheriger Chef der Sektion Kurse 1 in der Abteilung Ausbildung, der für diese Tätigkeit freigestellt wird. Die erste, von BZS-Vizedirektor Marcel Gaille geleitete Arbeitsgruppe hat den Auftrag, auf der Grundlage einer umfassenden Lagebeurteilung und in Optimierung der gesamtschweizerisch vorhandenen Möglichkeiten zum Schutze der Bevölkerung in ausseror-

dentlichen Lagen das ZS-Leitbild 95 auszuarbeiten. Der Arbeitsgruppe gehören folgende Sachverständige an: Vertreter der kantonalen Zivilschutzämter: Dr. Martin Vögtli (AG), Anton E. Melliger (ZH), Hugues Genequand (GE), Urs Hofer (SZ). Vertreter von Gemeinden: Jean-Bernard Tissot, Ortschef, Bulle; Fridolin Maier, Ortschef, Grenchen. Vertreter des Zivilschutzfachverbandes der Städte: Alfred Zumburn, Ortschef, Thun; Alfredo Belloni, Ortschef, Lugano. Vertreter des Schweizerischen Zivilschutzverbandes (SZSV): Christiane Langenberger, Vizepräsidentin, Romanel sur Morges; Peter Wieser, Vizepräsident und Gemeindeammann, Degersheim. Vertreter der Gesamtverteidigung: Nationalrat Paul Fäh, Leiter der Zentralstelle für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung, Luzern; Jean Dübi, Stellvertreter Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung, Bern. In der zweiten, unter der Leitung von

Direktor Hans Mumenthaler stehenden Arbeitsgruppe wirken unter anderem folgende acht Chefs der kantonalen Ämter für Zivilschutz mit: Peter Bolinger (ZG); Adrian Kleiner (GL); Pierre Blandenier (NE); Hubert Gunzinger (JU); Franz Reist (BE); Urs Zeltner (SO); Hugo Werner (TG); Bruno Hufenus (SG). Diese Arbeitsgruppe befasst sich in erster Linie mit grundsätzlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem ZS-Leitbild 95 und dem längerfristigen Ausbau des Zivilschutzes stellen. Sie stellt zudem die Zusammenarbeit mit andern interessierten und betroffenen Stellen sicher.

Die Arbeitsgruppen erstatten periodisch Zwischenberichte, die als Grundlagen für das bis Mitte 1991 zu erstellende Leitbild dienen werden. Im übrigen ist vorgesehen, fallweise weitere Experten beizuziehen.

Wer in der Projektorganisation tätig ist, hilft Weichen für die Zukunft des Zivilschutzes zu stellen, den Zivilschutz zu optimieren und ihn dem sich veränderten Bedrohungsbild anzupassen. Ihre Arbeit wie ihre Vorstellungen können jedoch erst zum gewünschten Ziel führen, wenn sie von der Bevölkerung mitgetragen bzw. unterstützt werden. In diesem Sinne nehmen die Arbeitsgruppen wie deren Mitglieder jederzeit gerne praxisorientierte Anregungen und Lösungsvorschläge zur Prüfung entgegen. Die Zeitschrift «Zivilschutz» wird ihre Leser in den kommenden Jahren stets auf dem laufenden halten. ▲



Der Zivilschutz unterwegs zum Leitbild 95.

Les groupes de travail ont commencé leur activité

Mise au point du plan directeur 95 de la protection civile

kam/hz. La mise au point d'un nouveau plan directeur de la protection civile se poursuit parallèlement à la préparation de la réforme «Armée 95». En mai 1989 déjà, l'Office fédéral de la protection civile (OFPC) a pris les premiers contacts à ce sujet avec les cantons et les autres partenaires de la défense générale, de sorte que deux groupes de travail ont pu entrer en fonction au début de cette année. Ces groupes sont chargés d'élaborer, d'ici au milieu de l'année 1991, le plan directeur 1995 de la protection civile. Il s'agit de trouver, dans le cadre des dispositions constitutionnelles et légales en vigueur, les solutions permettant d'assurer au mieux la protection de la population grâce,

notamment, à un large soutien populaire.

Comme cela a été précisé dans le numéro 10/89 de la revue *Protection civile*, l'abaissement à 42 ans de l'âge requis pour être libéré des obligations militaires aura des répercussions directes sur la protection civile. En accord avec le Département fédéral de justice et police (DFJP), l'OFPC souhaite harmoniser les mesures à mettre en œuvre et leurs implications juridiques avec celles qui touchent à la modernisation de l'armée, pour assurer la meilleure transition possible entre l'armée et la protection civile. Grâce à la réforme en cours, la protection civile devrait être en mesure de remplir, si possible encore mieux, la mission qui lui est impartie par la constitution et la loi, mission consistant à atténuer les conséquences des conflits armés et à prêter main-forte aux autorités compétentes en cas d'urgence.

Organisation du projet de l'Office fédéral de la protection civile (OFPC)

Pour résoudre durablement et efficacement les problèmes complexes liés à la mise au point d'un plan directeur de la protection civile, l'OFPC a constitué deux groupes de travail.

Monsieur Karl Widmer, jusqu'ici chef de la Section des cours I au sein de la Division de l'instruction, a été libéré de sa charge pour pouvoir coordonner les travaux de mise au point du nouveau plan, en assumant la direction globale du projet.

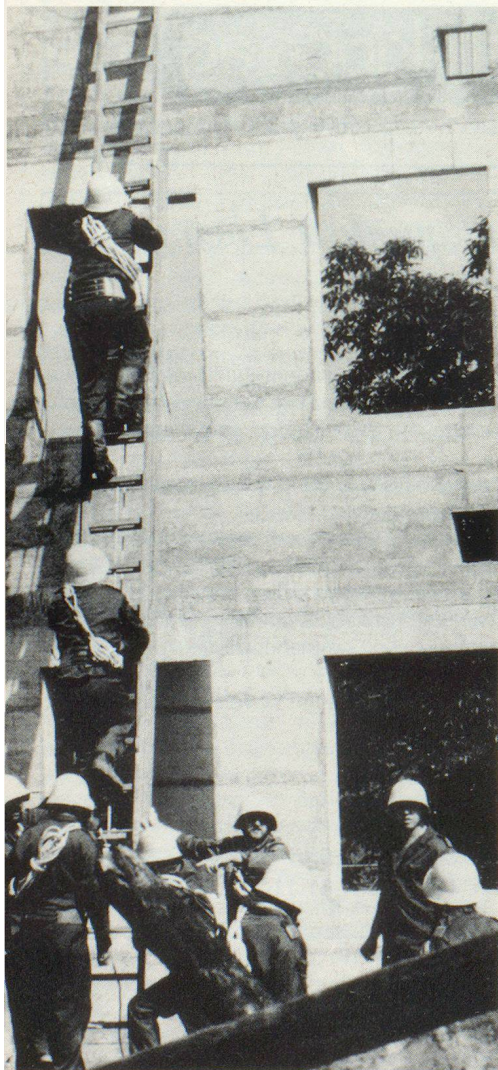
Dirigé par M. Marcel Gaille, sous-directeur de l'OFPC, le premier groupe de travail a pour mission d'élaborer le plan directeur 95 de la protection civile, après avoir procédé à une analyse approfondie de la situation et en mobilisant au mieux toutes les possibilités existant en Suisse pour assurer une protection optimale de la population lorsque des situations extraordinaires se produisent. Ce groupe de travail comprend les spécialistes suivants: MM. les représentants des offices cantonaux: Martin Vögtli (AG), Anton E. Melliger (ZH), Hugues Genequand (GE) et Urs Hofer (SZ). MM. les représentants des communes: Jean-Bernard Tissot, chef local de Bulle, et Fridolin Maier, chef local de Granges. MM. les représentants de l'Association professionnelle suisse de protection civile des villes: Alfredo Zumbrunn, chef local de Thoune, et Alfredo Belloni, chef local de Lugano. Mme et M. les représentants

de l'Union suisse pour la protection civile (USPC): Christiane Langenberger, vice-présidente, Romanel sur Morges, et Peter Wieser, vice-président, président de la commune de Degersheim. MM. les représentants de la défense générale: Paul Füh, conseiller national, directeur de l'Office central d'aide en cas de catastrophe et de défense générale du canton de Lucerne, ainsi que Jean Dübi, directeur suppléant de l'Office central de la défense, Berne.

Le deuxième groupe de travail est présidé par Me Hans Mumenthaler, directeur de l'OFPC. Il se compose, entre autres, des chefs de huit offices cantonaux de la protection civile, à savoir MM. Peter Bolinger (ZG), Adrian Kleiner (GL), Pierre Blandenier (NE), Hubert Gunzinger (JU), Franz Reist (BE), Urs Zeltner (SO), Hugo Werner (TG) et Bruno Hufenus (SG). Ce groupe de travail examine avant tout les questions de principe qui se posent en relation avec l'élaboration du plan directeur 95 de la protection civile et la consolidation de cette institution à plus long terme. Par ailleurs, il a pour tâche d'assurer une bonne collaboration avec les organisations et services concernés ou intéressés par les réformes en cours.

Les groupes de travail établiront périodiquement des rapports intermédiaires. Ces derniers serviront de base à la rédaction du plan directeur 95 qui devra être achevée d'ici au milieu de l'année 1991.

Les groupes de travail, qui peuvent faire appel à d'autres experts en cas de besoin, contribuent à améliorer la protection civile en l'adaptant à l'évolution de la menace et en lui imprimant l'élan nécessaire à sa progression. Mais ce travail et ces réflexions ne permettront d'atteindre les objectifs fixés que s'ils bénéficient de l'attention et de l'appui de la population. C'est pourquoi les groupes de travail sont prêts à examiner, en tout temps, chaque suggestion qui pourrait être mise en pratique. Ces prochaines années, la revue «Protection civile» tiendra en permanence ses lecteurs au courant de l'avancement des travaux dans ce domaine. ▀



Les travaux d'élaboration du plan directeur 95 de la protection civile ont commencé.



La protezione civile verso la Concezione 95.

I gruppi di lavoro hanno iniziato la loro attività

Verso il concetto direttivo protezione civile 95

kam/hz. Di pari passo con la riforma dell'esercito 95 anche la protezione civile sta elaborando un nuovo concetto direttivo. Nel corso del mese di maggio 1989 vi sono stati diversi chiarimenti di base all'interno dell'Ufficio. Durante questa fase ci siamo valse della collaborazione dei cantoni e degli altri partner della difesa integrata. All'inizio di quest'anno due gruppi di lavoro hanno iniziato la loro attività all'interno dell'UFPC, nell'intento di realizzare, entro la metà del 1991, il cosiddetto concetto direttivo della protezione civile 95. Questo modello dovrebbe permettere di offrire, nel quadro della costituzione e della giurisprudenza attuale, delle soluzioni ottimali e adeguate ai nostri tempi per una protezione civile efficiente che goda del sostegno del popolo. Come già citato nel numero 10/89 di «Protezione civile», l'abbassamento dell'età di servizio a 42 anni si ripercuoterà direttamente sulla protezione civile.

Di comune accordo con il Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP) intendiamo coordinare le misure da adottare e la loro realizzazione giuridica con la ristrutturazione dell'esercito, in modo da garantire un passaggio continuato. Il fine ultimo di tutte le misure è quello di consolidare, e nel limite del possibile migliorare, il compito della protezione civile contenuto nella costituzione, vale a dire attenuare le conseguenze dei conflitti bellici e aiutare le autorità competenti in caso di emer-

genze che dovessero manifestarsi in tempo di pace.

Organizzazione del progetto dell'Ufficio federale della protezione civile

L'UFPC ha incaricato due gruppi di lavoro di analizzare le questioni legate al «Concetto direttivo della protezione civile 95» e di trovare delle soluzioni esaustive che tengano conto degli sviluppi futuri.

La direzione dell'organizzazione di progetto e la coordinazione dei chiarimenti interni all'ufficio è stata affidata a Karl Widmer, il quale attualmente dirige la sezione corsi I della divisione dell'istruzione.

Il primo gruppo di lavoro, diretto dal vicedirettore dell'UFPC Marcel Gaille, ha il compito di elaborare il concetto direttivo della protezione civile 95 basandosi su una valutazione generale della situazione per migliorare, sull'intero territorio nazionale, la protezione della popolazione in situazioni eccezionali.

Fanno parte di questo gruppo alcuni rappresentanti degli uffici cantonali della protezione civile: Dott. Martin Vögtli (AG); Anton E. Melliger (ZH); Hugues Genequand (GE); Urs Hofer (SZ); alcuni rappresentanti dei comuni: Jean-Bernard Tissot, capo locale Bulle; Fridolin Maier, capo locale Grenchen; alcuni rappresentanti dell'Associazione professionale svizzera per la protezione civile della città: Alfred Zumbunn, capo locale, Thun; Alfredo Bel-

lioni, capo locale, Lugano; dei rappresentanti dell'Unione svizzera di protezione civile (USPC): signora Christiane Langenberger, vicepresidente, Romanel sur Morges; Peter Wieser, vicepresidente e sindaco, Degersheim; dei rappresentanti della difesa integrata: il Consigliere nazionale Paul Fäh, direttore della «Zentralstelle für Katastrophenhilfe und Gesamtverteidigung», Lucerna; Jean Dübi, sostituto del direttore dell'Ufficio centrale della difesa, Berna.

Fanno parte del secondo gruppo, diretto da Hans Mumenthaler, anche otto capi degli uffici cantonali della protezione civile: Peter Bolinger (ZG); Adrian Kleiner (GL); Pierre Blandenier (NE); Hubert Gunzinger (JU); Franz Reist (BE); Urs Zeltner (SO); Hugo Werner (TG); Bruno Hufenus (SG). Questo gruppo di lavoro si occupa prevalentemente delle questioni di principio inerenti al concetto direttivo della protezione civile 95 e lo sviluppo della protezione civile a lungo termine. Inoltre assicura la collaborazione con gli altri enti interessati.

I gruppi di lavoro consegnano periodicamente dei rapporti intermedi che fungeranno da base per il rapporto finale, il quale dovrà essere pronto entro la metà del 1991. Inoltre, in caso di necessità, verranno consultati degli esperti.

I membri dell'organizzazione di progetto aiutano la protezione civile a scegliere la strada per il futuro, a migliorarsi e adeguarsi alle nuove minacce. Ma potranno raggiungere gli obiettivi prefissati unicamente se l'intera popolazione li sosterrà nel loro intento. I gruppi di lavoro e i loro membri saranno quindi ben lieti di esaminare eventuali suggerimenti e proposte di soluzione che giungessero dall'esterno. La rivista «Protezione civile» terrà al corrente i suoi lettori. ▀